

Aus den Lebenserinnerungen von August Ludwig Reyscher.

(Mitgetheilt von K. Riecke.)

Vergl. Vierteljahrshefte IV S. 16 ff.

Frühjahr 1848.

Die nationale Bewegung des Jahres 1848 kam nicht ganz unerwartet und unvorbereitet. Nicht bloß die deutschen Gelehrten-Verfassungen unterhielten gewissermaßen ein Band der Gemeinamkeit, wenn schon zunächst auf wissenschaftlichen Gebieten, auch die Landtagsmitglieder benachbarter deutscher Staaten waren hin und wieder zusammengetreten, um sich über eine gleichmäßige Richtung ihrer Thätigkeit zu verständigen. Die Vorgänge in Hannover und Schleswig-Holstein weckten den nationalen Gedanken aufs neue. Auch in Preußen begann es sich zu regen. Der von Friedrich Wilhelm IV. mittelst des Patents vom 3. Februar 1847 berufene Vereinigte Landtag, an sich eine sehr ungenügende Schöpfung, führte doch die Bewegung vorwärts, als der erste Schritt zu einer den ganzen preußischen Staat umfassenden Repräsentation¹⁾. Mit dem 1. Juli 1847 begann unter der Redaktion von Gervinus in dem Baffermann'schen Verlag die Deutsche Zeitung zu erscheinen, welche dazu bestimmt sein sollte, das Gefühl der Gemeinamkeit und Einheit der deutschen Nation zu unterhalten und zu stärken, insbesondere zur Verwirklichung des großen Gedankens eines allgemeinen nationalen Rechts in Deutschland beizutragen. Mit großem Erfolg griff die Zeitung sofort in die deutsche Bewegung ein und es gelang ihr besonders, die Nothwendigkeit eines Vorangehens der Krone Preußen in der deutschen Sache bei vielen zur Ueberzeugung zu bringen.

Am 10. Oktober 1847 versammelten sich zu Heppenheim wieder einzelne süddeutsche Abgeordnete, neben ihnen auch Hanfemann und Mevissen aus Preußen. Man beschäftigte sich dort mit der zu erstrebenden Einheit Deutschlands und mit der Berufung einer Nationalvertretung. Selbst der Vertraute des Königs von Preußen, General v. Radowitz, sprach in einer Denkschrift vom 20. November 1847²⁾ offen von dem „traditionellen Nihilismus des deutschen Bundes“ und fügte bei: „Durch alle Gemüther zieht die Sehnsucht nach einem an innerer Gemeinschaft wachsenden Deutschland, das nach außen mächtig und geehrt, nach innen erhaben und einig sei; es ist dieses noch immer der populärste und gewaltigste Gedanke, der in unserem Volke lebt, ja es ist der einzige, der noch außerhalb und über den Parteien steht, der einzige, dem die Gegenätze des Stammesunterschieds, der kirchlichen Scheidungen und der politischen Doktrinen sich noch unterordnen; er ist daher auch der einzige, auf welchem noch eine feste Staats- und Lebensordnung zu finden ist.“

Wie thatlos und machtlos aber der Bundestag der deutschen Bewegung gegenüberstand, hat wohl niemand besser geschildert als der badische Staatsminister

¹⁾ In diesem Sinn begrüßte Reyscher das Patent in dem XI. Band der Zeitschrift für deutsches Recht. S. 146.

²⁾ Radowitz, Deutschland und Friedrich Wilhelm IV. Hamburg 1848. S. 39 f.

und frühere Bundestagsgefandte Freiherr v. Blittersdorff in dem später veröffentlichten Schreiben vom 18. Dezember 1847¹⁾: „Wo man das Auge in Deutschland hinwendet, erblickt man ein reges Leben in guter oder schlimmer Richtung, ein freilich meist erfolgloses Streben, Neues zu schaffen, um den Bedürfnissen der Gegenwart abzuheffen; in Privat- und öffentlichen Vereinen, in Kongressen und Versammlungen von Bevollmächtigten der Staaten und spezieller Administrationen, in Berlin, Leipzig, Dresden, Hamburg, Lübeck, Kiel und wie die Städte alle heißen, überall, überall wird von gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands gehandelt, — nur nicht in Frankfurt, wo die Bevollmächtigten der Fürsten tagen, um die spärlich einkommenden, in düstern Kanzleien gefertigten Instruktionen über außerordentliche Gegenstände zu destilliren und als weißen Dunst zu der Retorte hinausspazieren zu lassen.“

Am 5. Februar 1848 beantragte der Abgeordnete Baffermann in der zweiten badischen Kammer eine Bitte an den Großherzog: dahin wirken zu wollen, daß durch Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestag ein sicheres Mittel zur Erzielung gemeinsamer Gesetzgebung und einheitlicher Nationaleinrichtungen geschaffen werde. In der Begründung dieses Antrags am 12. Februar äußerte er unter anderem: „Die Geschichte wird es trauernd erzählen, daß, nach deutscher Einheit zu streben, dem Einen für unpraktisch, dem Andern für Verbrechen galt. Aber diese Zeit ist überwunden. Was Allen klar, ist auch dahin gedrungen, wo man leider oft dann erst sehen will, nachdem man diejenigen verfolgt hat, die es vorher gesehen. Auch die Kabinette verschließen sich dem Ruf nach Einheit nicht mehr, und wer eine Hoffnung nährt für die deutsche Zukunft, der knüpft sie an die jetzigen Bestrebungen für Gemeinlichkeit.“ — Der Antrag begegnete einem lebhaften Wiederhall in ganz Deutschland. Bevor aber noch in der badischen Kammer darüber Bericht erstattet war, trat die französische Revolution ein (22.—24. Februar 1848) und gab auch der deutschen Bewegung einen wesentlich anderen Charakter²⁾. Von den gebildeten Kreisen, welche sie bis dahin fast ausschließlich getragen hatten, theilte sie sich den Massen mit und nichts, auch nicht die Throne, schienen ihr widerstehen zu können. Die nächsten Gefahren drohten von außen, einmal von dem gehobenen französischen Nationalgefühl, das wie zur Zeit der ersten Republik über die Grenzen auszubrechen drohte, dann aber von Seiten der Großmächte Rußland, Oesterreich und Preußen, welche so eben noch Rath gepflogen hatten, wie die schweizerischen Eidgenossen in ihren durch den Sonderbundskrieg angebahnten glücklichen Reformen zu behindern sein möchten. Der Zustand der Unsicherheit Deutschlands bei seiner Bundesverfassung ließ sich nicht todtschweigen. Es galt die Bewegung fortgesetzt auf die nationalen Ziele hinzulenken, sie, wo möglich, innerhalb der gesetzlichen Schranken zu halten.

„Der Sturm, der in die Zeit gefahren ist, hat die politischen Zustände Deutschlands in ihrer ganzen ungeligen Gestalt, Allen erkennbar, bloß gelegt. Es ist nöthig, in dieser bewegten Zeit, daß Deutschland gerüftet da stehe, nicht um herauszufordern,

¹⁾ Einiges aus der Mappe des Freiherrn von Blittersdorff, Mainz 1849. S. 68.

²⁾ Ein Extrablatt des Schwäbischen Merkur vom 28. Februar 1848 verbreitete in Württemberg zuerst die Nachrichten: Paris den 24. Februar. Palais Royal und die Tuilerien sind vom Volk genommen; der König Ludwig Philipp ist mit seiner Familie geflüchtet. Es ist eine provisorische Regierung ernannt. — Straßburg den 27. Februar 3 Uhr Nachmittags. Telegraphische Botschaft. Paris den 25. Februar. Der Minister des Innern an die Herren Präfekten: Die republikanische Regierung ist konstituiert. Die Nation wird berufen werden, der Konstitution ihre Sanktion zu geben. Sie haben die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um der Regierung die Mitwirkung der Bevölkerung und die öffentliche Ruhe zu sichern. Geben Sie mir so schnell als möglich Nachricht über die Stimmung der Gemüther und theilen Sie mir die von Ihnen gemachten Verfügungen mit.

gewiß aber zu Schutz und Schirm seiner Grenzen. Allein es soll die Rüstung anlegen, den wunden Fleck auf der Brust. Jetzt eben schmerzt er tief und es thut Noth, daß er rasch geheilt werde.“ — So begann eine Adresse, welche am 2. März 1848 von Ludwig Uhland einer großen Versammlung von Professoren, Bürgern und Studierenden im akademischen Reithaus zu Tübingen vorgelegt und sofort mit 1102 Unterschriften bedeckt wurde. Zur Geschichte dieser Adresse theilt Reyscher, dessen Aufzeichnungen wir nun vollständig und wörtlich geben, folgendes mit: „Auch in Tübingen war seit dem Ausbruch der französischen Revolution die Einwohnerschaft ohne Unterschied der Stände aufgeregt durch den Gedanken, wie schutzlos und zerfahren wieder einmal Deutschland den äußeren und inneren Feinden gegenüberstehe. Eines Morgens kam Professor Volz zu mir, um zu überlegen, was geschehen sollte. Ich schlug vor, zu Uhland zu gehen, der in der Nähe wohnte, um ihn zu veranlassen, den öffentlichen Wünschen in einer schriftlichen Form Ausdruck zu geben. Eine Adresse, blos von der Universität ausgehend, wie sie 1846 in der schleswig-holsteinischen Sache auf dem Weg der Cirkulation zu Stand gebracht worden, war jetzt nicht mehr am Platz. Man mußte anderen Einwohnern gleichfalls Gelegenheit geben, theilzunehmen. Auf unseren Wunsch erklärte sich Uhland bereit, die Abfassung einer Adresse an den ständischen Ausschuß zu übernehmen, welche Tags darauf einer allgemeinen Versammlung vorgelegt werden sollte. Fallati, der eben am Haus vorübergieng, wurde heraufgerufen, andere Kollegen, Schrader, Haug, Hoffmann, gefellten sich hinzu und nun vereinigten wir uns folgende Wünsche in die Adresse aufzunehmen:

1. Ausbildung der Gesamtverfassung Deutschlands im Sinn eines Bundesstaats mit Volksvertretung durch ein deutsches Parlament am Bundestag;
2. Einführung der Volksbewaffnung zur Sicherstellung gegen einen möglichen äußeren Feind;
3. Preßfreiheit gemäß §. 28 der württembergischen Verfassung;
4. Vereins- und Versammlungsrecht;
5. Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege;
6. Selbständigkeit der Gemeinden und Bezirkskörperschaften;
7. Revision der Verfassung unter Herstellung einer ungemischt aus Volkswahlen hervorgehenden Abgeordneten-kammer.

„Diese Anträge waren begleitet von der Bitte an den ständischen Ausschuß, die unverweilte Einberufung des Landtags zu veranlassen, damit durch das ordentliche Organ des Landes die Wünsche des Volks berathen und an die Regierung gebracht würden. ‚Auf die Verbesserung der Zustände hinzuwirken‘, bemerkte Uhland am Schluß, ‚dazu spornt jetzt nicht lediglich die gute Gelegenheit, das Eisen zu schmieden, so lange es glüht, es drängt dazu vor allem ein Zwiespalt des öffentlichen Gewissens, das seine Lösung verlangt, eine Forderung der Volksehre, welche Befriedigung heischt. Einem Volk, das von der heiligen Pflicht durchdrungen ist, seinem vielgefährdeten Boden nicht eine Spanne weiter entreißen zu lassen, mangelt die Sicherheit, daß es nicht als willenloses Werkzeug diplomatischer Verwicklungen die Waffen ergreife; versagt ist ihm das begeisterte Bewußtsein, für eine auch politisch würdige Stellung unter den gefitteten Völkern mit Gut und Blut einzutreten‘. Die Adresse, welche von mir als Vorsitzendem noch an demselben Tag nach Stuttgart abgeschickt und zugleich als ‚erstes Produkt der freien Presse‘ in die Welt gesandt wurde, machte großen Eindruck nicht blos in Württemberg, sondern auch im übrigen Deutschland, wozu der Name Uhland mächtig beitrug.

„Andere Eingaben folgten nach und nun erschien unmittelbar aus dem Kabinet des Königs folgende gedruckte Bekanntmachung: ‚Württemberg! Die großen Welt-

begebenheiten, deren Wirkungen für unser Land, sowie für unser großes gemeinschaftliches Vaterland nicht zu übersehen sind, haben die größte Aufregung hervorgerufen. In diesem entscheidenden großen Augenblick spricht euer König zu Seinem treuen Volk. Bewährt auch jetzt wieder euren echt deutschen Charakter, fest in dem Vertrauen in die göttliche Vorsehung, deren Allmacht und Weisheit das Schicksal der Völker lenkt, treu gegen eure Regierung und Verfassung, die eure Rechte und Eigenthum beschützt. Ruhe, Ordnung und Gehorsam vor dem Gesetz ist die heiligste und nothwendigste Pflicht. Reichen wir unseren deutschen Brüdern die Hand; wo unfrem deutschen Vaterland Gefahr droht, werdet ihr Mich an eurer Spitze sehen. Segen unfrem Vaterland, Heil und Ruhm für ganz Deutschland!

„Diese Worte befriedigten nicht. Auch als auf eine warme Eingabe des ständischen Ausschusses die provisorische Beseitigung der Censur und die Einberufung der Stände zugesagt wurde, beruhigte sich die öffentliche Meinung nicht; man sah zunächst der Bildung eines neuen Ministeriums entgegen und wünschte, daß die Regierung nach dem Vorgang von Baden, Hessen, Nassau und Bayern für ein deutsches Parlament sich aussprechen möchte. Dabei gab sich großes Mißtrauen gegen Rußland und gegen den deutschen Bundestag kund. Vergebens, daß dieser, durch das Anwachsen der Bewegung gedrängt, in einer Bekanntmachung vom 1. März 1848 versprach, allem aufzubieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach außen, wie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen. Niemand glaubte mehr an solche allgemeine, im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Bundesthätigkeit stehende Zusicherungen. Auch der Bundesbeschluß vom 3. März 1848, wodurch den Bundesstaaten gestattet wurde, die Pressfreiheit unter Garantien einzuführen, befriedigte nicht. Es wurde verlangt, daß sämtliche Ausnahmebeschlüsse von 1819 bis 1834 außer Anwendung gesetzt, daß das Militär auf die Verfassung beeidigt und überall staatsbürgerliche Gleichberechtigung, ohne Unterschied der Religion und der Stände, eingeführt werde. In diesem Sinne wurde am 9. März eine neue von Professor Fallati verfaßte Eingabe im Tübinger Reithaus beschlossen, welche an die Kammer der Abgeordneten gerichtet war, und so sehr sie auch durch energischen Ton und Inhalt die erste überbot, doch von einer großen Anzahl Einwohner, worunter manche Professoren und andere Staatsdiener, gutgeheißen wurde.“

Nach einem vergeblichen Versuch, ein Ministerium Varnbüler zu bilden, beauftragte am 9. März der König die bisherigen Oppositionsmänner Römer, Pfizer, Duvernoy und Goppelt mit der Leitung der Justiz, des Kirchen- und Schulwesens, des Innern und der Finanzen, während die Ministerien des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten einstweilen noch den Grafen von Sontheim und von Beroldingen anvertraut blieben.

Wie im vorigen Jahr in Folge der damaligen Theuerung der Lebensmittel, so fieng es aber jetzt in Tübingen in der unteren Stadt wieder zu gähren an. Man hörte bereits von „Theilen“, von „Plündern“ sprechen. Daneben verbreitete sich wenige Tage nach der Aenderung im Ministerium blitzschnell das Gerücht: Die Franzosen kommen über den Rhein. Nach amtlichen Depeschen von Sulz sollten dieselben bereits in Rottweil stehen. Dem Stadtdirektor Strölin, welcher Reyfcher diese Nachrichten auf der Straße mittheilte, gab letzterer den Rath, sich, wie bei dem Krawall im Jahre vorher, der Unterstützung der Studenten zu versichern. Dieser erzählt weiter:

„Ich erbot mich ihm dabei an die Hand zu gehen und ersuchte, mit Billigung des Stadtdirektors, einige vorübergehende mir bekannte Studenten, in den besuchteren Wirthschaften zu verbreiten, daß denselben Abend, d. h. eine Stunde später, eine Versammlung vor dem Universitätshause sein werde. Ich gieng darauf zu Rektor Geh-

ringer, Professor der katholischen Theologie, und zu Professor Volz, um sie von dem Vorgang zu unterrichten. Volz ¹⁾ sagte mir vorläufig zu, daß er im Fall einer Aufforderung der Studenten bereit sein werde, sich wieder ²⁾ an ihre Spitze zu stellen. Als ich darauf zum Univerfitätshaufe kam, waren bereits die Studenten vor demselben in großer Zahl verfammelt. Da der Rektor noch nicht anwesend war, so hielt ich einstweilen eine Ansprache an dieselben, worin ich die Wahrheit der Gerüchte in Frage stellte, aber den Studierenden doch zu erwägen gab, ob sie nicht für alle Fälle, wie vergangenes Jahr, der Stadt ihre Dienste anbieten und den Professor Volz, ihren damaligen Anführer, ersuchen wollten, diese Stelle wieder zu übernehmen. Der Vorschlag fand allgemeinen Beifall, und ehe noch Volz abgeholt war, begann die akademische Jugend schon, sich in Züge zu ordnen. Pechkränze wurden angezündet, die Bürgergarde rückte auf. Der Rektor kam endlich auch und billigte, wie der Stadtdirektor, alles was geschehen war.

„Nun sollte ich aber auf den Wunsch des Rektors nach Stuttgart reifen und die Bitte um Verabreichung von Schießwaffen an die Studenten bei dem Ministerium persönlich unterstützen. Die gleiche Bitte hatte soeben der Stadtvorstand für die Bürgerschaft gestellt. Ich wollte mich nicht sträuben, bat mir aber aus, daß der Fechtmeister Kastropp und ein Student (Abel) als Vertreter der Studierenden mich begleiten. Wir machten uns sofort in einer Extrapostchaise auf den Weg, konnten aber alsbald gewahr werden, wie lawinenartig die Einbildung das Gerücht von dem Franzosen-Einfall vergrößerte. Auf der ersten Station zu Dettenhausen erkundigte sich der Schultheiß während des Wechfels der Pferde, wie es in Tübingen stehe? Gut, antwortete ich, worauf er versetzte, soeben habe ein Fuhrmann die Nachricht gebracht, daß es in Tübingen brenne, und in Luftnau läute man Sturm. — Derselbe hatte wohl das durch die brennenden Pechkränze beleuchtete Univerfitätshaus beim Nachhaufefahren noch gesehen und das Abendgeläute für Sturmglocken gehört. — Als ich mit meinen beiden Begleitern Nachts 12 Uhr in Stuttgart ankam, meinte einer derselben, wir sollten uns sogleich bei dem Ministerium melden. Ich wies jedoch hin auf die allgemeine Ruhe in den Straßen Stuttgarts, des andern Morgens werde es Zeit genug sein, unsere Bitte vorzutragen. Und so war es auch. Die Minister hatten zwar die gleiche Nachricht von dem Rheinübergang der Franzosen durch Depeschen von verschiedenen Seiten, auch von der Gefandtschaft in Karlsruhe, erhalten, doch waren die von dem badischen Kriegsministerium bis Kehl ausgeschiedten Dragoner zurückgekehrt, ohne einen Feind gesehen zu haben. Auch wir hatten keinen anderen Beweis als die oberamtlichen Nachrichten; aber zu gleicher Zeit mit uns waren von einer Anzahl württembergischer Städte Deputationen in Stuttgart, um gleichfalls Waffen zu erbitten, und es schien unmöglich, alle Gesuche zu befriedigen. Indessen unterstützte der neue Departementschef des Innern, Staatsrath Duvernoy, das Gesuch der Univerfität bei dem Kriegsminister, und dieser, sowie der ihm ad latus beigegebene General v. Miller legten uns eine Arsenalliste über entbehrliche Waffen vor, worunter 500 Karabiner noch das Beste waren, was man uns anbot. Während meine Begleiter nach Ludwigsburg eilten, um die Ausrüstung in Empfang zu nehmen, kehrte ich zu meinem Berufe nach Tübingen zurück, unterwegs noch vielen Flüchtenden belegend.

„In Tübingen selbst war alles in Bewegung und doch vergleichsweise ruhiger geworden. Studenten und Professoren, Handwerker und Weingärtner exerzierten, diese meist mit Senfen bewaffnet, zum Schutz des Herdes gegen die Eindringlinge, welchen

¹⁾ Ein früherer Offizier.

²⁾ Wie im vorigen Jahr.

noch in der Nacht ein Trupp Studenten unter der Anführung von Volz entgegenmarschirt war. Von Männern und Frauen der Stadt Rottenburg als Retter eingeholt und bewirthet, verbrachten die jungen Leute die Nacht in dulci júbilo in den Wirthshäusern und kehrten des andern Morgens, nachdem die bis Horb vorgeschobenen Pforten wieder eingezogen waren, theilweise mit schweren Köpfen in die Universitätsstadt zurück. Nachmittags veranstaltete ich mit dem Rektor und anderen Kollegen eine Zusammenkunft mit den Studierenden im Universitätsaufe, um sie zu ermahnen, die Vorlesungen nicht zu unterbrechen und ihre Schieß- und anderen militärischen Uebungen auf die Freistunden zu verlegen⁴.

Der Franzosenlärm von 1848 ist unaufgeklärt geblieben; merkwürdig dabei war jedenfalls die Thatfache, daß gleichzeitig auch auf dem jenseitigen Rheinufer dieselbe Panik wegen eines Einfalls der Deutschen entstanden ist¹). „Die gute Folge hatte die Aufrüttlung der Deutschen von ihrer vermeintlichen Sicherheit, daß die nothwendige Einigung Deutschlands auch vom militärischen Gesichtspunkte aus schärfer in das Auge gefaßt wurde. Die ‚Bürgerwehr‘ freilich, wozu von dem Märzministerium sofort Einleitung getroffen ward, zeigte sich bald als ein ungenügendes Schutzmittel und wurde später, nachdem die Zeiten wieder ruhiger geworden, weil den Bürgern selbst lästig, unter Zustimmung der Stände zu Grabe gebracht“.

Einstweilen hatten sich am 5. März 1848 51 Männer aus Preußen, Bayern, Württemberg²), Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt, meist Mitglieder von Ständekammern, in Heidelberg versammelt und ihre einstimmige Ueberzeugung gegen eine Einmischung in die Verfassungsänderungen benachbarter Staaten (Frankreich, Schweiz), zugleich aber ihre Ansicht dahin ausgesprochen: eine nach der Volkszahl gewählte Nationalvertretung sei unauffchiebbar, sowohl zur Beseitigung der nächsten inneren und äußeren Gefahren, wie zur Entwicklung der Kraft und Blüthe deutschen Nationallebens; die Regierungen wären auf das Dringendste anzugehen, sobald als möglich das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit diesem kräftigen Schutzwall zu umgeben. Endlich wurde einem Ausschuß von sieben Mitgliedern der Auftrag hinterlassen, hinsichtlich der Wahl und der Einrichtung einer angemessenen Nationalvertretung Anträge für eine größere Versammlung deutscher Männer vorzubereiten und die Einladung zu dieser Versammlung zu besorgen.

Dieser Siebener-Ausschuß³) erließ darauf am 12. März 1848 eine Einladung auf den 30. März nach Frankfurt zur Berathung der Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung, vorbehältlich der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. Die Einladung zu jener Versammlung, dem Vorparlament, war gerichtet an alle gegenwärtigen oder früheren Theilnehmer von Stände- oder sonstigen gesetzgebenden Versammlungen; auch sollte eine bestimmte Anzahl von Spezialeinladungen an andere durch das Vertrauen des deutschen Volks ausgezeichnete Männer erlassen werden⁴).

Auch der Bundestag war jetzt wieder mit einem Schritt entgegengekommen, indem er am 9. März den alten deutschen Reichsadler als Wappen und die Farben des alten Reichspaniers: schwarz, roth, gold als Farben des deutschen Bundes erklärte, beides zur Bekräftigung der „Einheit Deutschlands“. Bedeutfamer war die Aufforderung der Bundesversammlung an sämtliche Bundesregierungen vom 10. März:

¹) Vergl. jetzt Bunz, Der Franzosenfeiertag 1848 Samstag den 25. März. Reutlingen 1880.

²) Aus Württemberg insbesondere: Bantlin, Barchet, Becher, Fetzer, Redwitz, Römer, Schweikhardt, Wiest, Witzemann.

³) Darunter Friedrich Römer.

⁴) Verhandlungen des deutschen Parlaments. 1. Lieferung. Frankfurt 1848.

Männer des allgemeinen Vertrauens, und zwar für jede der 17 Stimmen des engeren Bundestags einen, alsbald mit dem Auftrag nach Frankfurt abzuordnen, der Bundesversammlung und deren Ausschüssen zum Behuf der Vorbereitung der Revision der Bundesverfassung mit gutächtlichem Beirath an die Hand zu gehen. Von Württemberg wurde Uhland als Vertrauensmann bevollmächtigt und am Vorabend seiner Abreise von Tübingen noch mit einem Fackelzug begrüßt.

Eine Einladung von Oesterreich und Preußen an ihre Bundesgenossen zu einem Kongreß in Dresden auf den 25. März wurde überholt durch die Aufstände in Wien und Berlin vom 13. und 18. deselben Monats. Am 21. März erließ der König von Preußen die vielversprechende Proklamation: „Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahren von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter Einer Leitung hervorgehen. Ich übernehme heute diese Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird mich nicht verlassen und Deutschland wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe die alten deutschen Farben angenommen und mich und mein Volk unter das ehrwürdige Banner des Deutschen Reichs gestellt; Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ „Die rettende That, schreibt Reyscher, die hiernach von dem preußischen Thron ausgehen sollte, ward durch die Thatfachen, welche vorhergingen und sie begleiteten, vor allem aber durch den Mangel an Festigkeit in dem Charakter des Königs um ihre hohe Bedeutung gebracht; ja es zeigte sich, daß der König durch den plötzlichen Umschwung seiner politischen Gesinnung und den theatralischen Umzug, welcher denselben nach dem Rath des Ministeriums Arnim kundgeben sollte, in den Augen des Volks und des Auslandes eher verloren als gewonnen hatte. Gleichwohl ließen es sich viele der besten Männer nicht blos in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland nicht nehmen, daß das preußische Staatsoberhaupt an die Spitze des gemeinfamen Vaterlandes zu berufen sei. Zunächst aber war allerdings der Augenblick der nationalen Erhebung für die Einheit möglichst zu benutzen, diese Einheit vorerst in einer konstituierenden Nationalversammlung herzustellen und dieser die Entscheidung über die neue Organisation Deutschlands zu überlassen. Die Hauptaufgabe des Vorparlaments sollte es eben sein, die Berufung einer solchen konstituierenden Nationalversammlung zu erwirken.“

An dem Vorparlament nahm auch Reyscher Theil; er berichtet darüber:

„Ich hatte meine kleine Luise, welche vor wenigen Monaten ihre Mutter verloren hatte und nun zur Großmutter Dahlmann nach Bonn gebracht werden sollte, bis Mainz begleitet. Dort traf ich Abends bei Tisch zufällig mit Pastor Jürgens aus Braunschweig zusammen, den ich 1846 bei der Germanisten-Versammlung in Frankfurt kennen gelernt hatte. Wir wurden eingeladen, an einer in demselben Gasthof stattfindenden Zusammenkunft einer Anzahl von rheinischen Notabeln theilzunehmen, die auf der Reise zum Vorparlament begriffen waren. Unter dem Vorsitz von Jürgens wurde die Frage besprochen, was wohl in Frankfurt geschehen werde und wofür man sich dort aussprechen solle? Die Redner aus Rheinpreußen glaubten als selbstverständlich annehmen zu dürfen, daß die süddeutschen Staaten nach dem Vorbild des Zollvereins mit den norddeutschen Staaten in eine engere Verbindung treten und Preußen ein für allemal an die Spitze stellen würden. Ich machte aufmerksam: so einfach möchte die Sache doch nicht ablaufen; die Herren dürften sich darauf gefaßt halten, daß die Republik an den Pforten der Paulskirche anklopfen werde. Ich selbst, fuhr ich fort, glaube zwar nicht, daß man sie hereinlassen werde; aber gut möchte es immerhin sein, wenn die rheinischen Mitglieder mit einem festen Programm

für die konstitutionelle Monarchie eintreten würden. Jürgens ließ hierüber abstimmen und mit Ausnahme von Raveaux aus Köln und Wefendonk aus Düsseldorf, welche sich nicht binden wollten, votirten alle Anwesenden (etwa 20) in diesem Sinn.

„Des andern Tags schloß ich mich den Rheinländern auf der Fahrt nach Frankfurt an. Ich dachte dort von der Gallerie aus den Verhandlungen zu folgen, erhielt aber kurz nach meiner Ankunft von zwei Seiten Einladungskarten zur Theilnahme und konnte mich daher als Mitglied der Versammlung betrachten. Mein vormaliger Lehrer, nun Tübinger Kollege und Kanzler, v. Wächter, forderte mich auf, an einer Versammlung der Schwaben theilzunehmen; ich hatte mich aber bereits meinen Reifegefährten für eine Zusammenkunft im Gasthof zum Schwanen zugesagt, woran sich auch andere eben angekommene Mitglieder aus den beiden Heffen betheiligten. Karl Vogt aus Gießen begann mit einer lebhaften Rede, worin er drei Forderungen an das den folgenden Tag zu eröffnende Vorparlament stellte: 1. dieses Vorparlament solle eine provisorische Regierung für Deutschland einsetzen, 2. sich permanent erklären und 3. den Bundestag auflösen. — So rasch war meine Bemerkung vom vorigen Abend über republikanische Versuche wahr geworden. — Als sich niemand entgegensetzte, warnte ich vor zu weit gehenden Anträgen, welche eine Spaltung in der bevorstehenden Versammlung herbeiführen und den moralischen Erfolg derselben gefährden könnten. Das Vorparlament, sagte ich, sei nur eine beratende Versammlung von Männern, die hauptsächlich aus den nächstgelegenen deutschen Staaten sich zusammengefunden hätten (aus ganz Oesterreich war nur ein junger Mann, Dr. Wiesner, erschienen). Ein Mandat vom Volk habe die Versammlung nicht und sie könne ihm daher auch keine provisorische Regierung auferlegen. Eine solche Regierung würde voraussichtlich in dem größten Theil von Deutschland keine Anerkennung finden. Woher sollte dann die eingesetzte Regentchaft die Macht und die Mittel nehmen, um sich Gehorsam zu verschaffen? Auch der Antrag auf Permanenz der Versammlung sei unpraktisch; denn wohl nur wenige Mitglieder seien auf längeres Bleiben eingerichtet; aber auch abgesehen hiervon, würde die Versammlung in ihrer Zusammensetzung beständig wechseln. Denn mit derselben Berechtigung, wie die gegenwärtig vorhandenen Mitglieder, könnte noch eine nicht zu berechnende Anzahl weiterer Mitglieder eintreten. Was endlich den Bundestag betreffe, so sei dieses zwar kein wünschenswerthes Institut; aber vorerst existire er noch, und man sollte ihn benützen, um eine konstituierende Versammlung herbeizuführen, welche geeignet wäre, eine endgiltige Verfassung für Deutschland zu beschließen¹⁾.

„Kaum hatte ich unter vielseitiger Zustimmung geendigt, so kam Wächter, um aus Auftrag der Schwaben die Anwesenden zu einer Vorbefprechung für den Abend in den Weidenbusch einzuladen, was angenommen wurde. Gleich darauf eilte auch Stemann, Mitglied der in Heidelberg gewählten Siebener-Kommission herbei, um anzukündigen, daß der Bundestag soeben in seiner Gegenwart zugesagt habe, die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung anzuordnen. Nur sei der österreichische Gesandte dagegen, die Versammlung schon auf den 1. Mai einzuberufen, weil bis dahin die Wahlen wegen der nöthigen Vorbereitungen nicht überall beendet sein können; man möge den Zusammentritt auf den 15. Mai festsetzen. — Er hatte auch Recht; die Nationalversammlung konnte, obgleich auf den 1. Mai vom Bunde berufen, wegen der unvollendeten Wahlen sogar erst am 20. Mai eröffnet werden. — Soweit hatten also schon die Präludien des Vorparlaments den Bundestag gebracht!

¹⁾ An obige Kontroverse erinnert Jürgens, Geschichte des deutschen Verfassungswerks bis Dezember 1848 Abth. 1 S. 40, wo dieselbe in einer Note berührt ist.

Die Nachricht erregte natürlich großen Jubel und ohne über die Vogt'schen Anträge weiter zu sprechen, trennte man sich und gieng zum Mittagessen.

„Abends war Vorbesprechung im Weidenbusch. Vogt präsidirte und allfogleich überraschte Gustav v. Struve die Versammlung mit den ausschweifendsten Anträgen: 1. Aufhebung des stehenden Heeres von Soldaten und Verschmelzung desselben mit der Bürgerwehr, 2. Aufhebung des Heeres von Beamten und Ersetzung derselben durch eine wohlfeile, aus freigewählten Volksmännern bestehende Regierung, 3. Abschaffung des Heeres von Steuern. — Es war kaum möglich, über solche Anträge im Ernst zu reden; doch ließ sich Struve nicht abhalten, dieselben folgenden Tags dem in der Paulskirche versammelten Vorparlament zu übergeben. Hier fanden sie auch von mehreren Seiten Unterstützung. Am Ende aber wurde doch anerkannt, daß die nächste Aufgabe des Vorparlaments eine Berathung darüber sei, in welcher Weise am besten eine deutsche konstituierende Versammlung zu bilden wäre, und am 3. April auf den Antrag von Soiron aus Mannheim ausgesprochen, daß man die Beschlußnahme über die künftige Verfassung einzig und allein der vom Volk zu wählenden Versammlung zu überlassen habe. Dem Bundestag wurde zwar in der Debatte übel mitgespielt, doch wurde er nicht sofort, wie die republikanische Partei wollte, geprenzt, sondern demselben noch die Berufung des deutschen Parlaments nach Frankfurt a./M. überlassen; — nur folle er sich von den Ausnahmebefehlen von 1819 u. f. w. los-sagen und die Männer aus seiner Mitte entfernen, welche dabei und bei deren Ausführung mitgewirkt hätten. Diefem Verlangen einer Purifikation des Bundestags, wie allen anderen Wünschen der Versammlung in Ansehung der Wahlen zu dem Parlament, in Betreff der Aufnahme des Herzogthums Schleswig und der Provinzen Ost- und Westpreußen in den Bund, ferner hinsichtlich der Kommunikation mit einem Ausschusse von 50 Mitgliedern¹⁾, welcher bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung die Bundesversammlung bei Wahrung der nationalen Interessen berathen sollte, wurde entsprochen.“

Eine einheitliche Neubildung Deutschlands war nicht so leicht auf friedlichem Weg herbeizuführen; 38 souveräne Regierungen, worunter 2 Großmächte, ließen sich nicht mit Einem Schlag unter Einen Hut bringen oder gar beseitigen. Ebenso wenig war zu erwarten, daß Oesterreich und Preußen geneigt sein werden, sich ein für allemal gegenseitig unterzuordnen. Und doch sträubte sich auch wieder das vaterländische Gefühl dagegen, ein einiges Deutschland ohne Oesterreich oder ohne Preußen zu gründen. Als Dahlmann den an sich vortrefflichen und von ihm wohlbegründeten Entwurf der 17 Vertrauensmänner am Bundestag zu Ende April 1848 seinem Schwieger-ohn Reyscher mittheilte, antwortete dieser: „Alles schön und gut, aber das Erbkaiferthum werdet ihr nicht durchsetzen“. — Und nun wieder wörtlich nach den „Erinnerungen“:

„Ich sagte dies nicht aus Abneigung gegen den Vorschlag, wohl aber im Hinblick auf die allorts entgegenstehenden Schwierigkeiten, im Hinblick auch auf die Erfahrungen im Vorparlament. Ich hätte deshalb damals auch der Wahl des Oberhauptes der Nation nur für eine kürzere Periode den Vorzug gegeben, wie auch die Heidelberger Siebener-Kommission vorgeschlagen hatte, und zwar dachte ich dabei an eine Wahl durch den gesammten Reichstag, Staatenhaus und Volkshaus, nicht blos an eine Wahl²⁾ durch

¹⁾ Darunter von Württembergern: Albert Schott, Murschel, Mack, Wächter.

²⁾ Das Erbkaiferthum befürwortete die Mehrheit der 17 Vertrauensmänner beim Bundestag. In dem Vorwort zu dem seiner Zeit vielleicht zu wenig beachteten Verfassungs-Entwurf der letztern wurde (von Dahlmann) die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschlands einträchtiger Fürstenrath dem Parlament, „der großen Maiverammlung zu Frankfurt a./M.“ gleich bei

die Landesregierungen, nach dem Projekt der Siebener Kommission. Die periodisch stattfindende Wahl hätte allerdings die Zustände immer noch unfertig gelassen, sie hätte den Kampf um die Oberherrschaft nicht ein für allemal beseitigt. Aber, — so schien es mir damals, — Oesterreich und Preußen hätten sich vielleicht bei der nachherigen Wahl des Reichsverweyers eher gefügt, wenn die Krone nur vorübergehend auf das eine oder das andere Haupt übertragen worden wäre. Die Organisation Deutschlands hätte einstweilen Fortschritte machen können, namentlich hätte sich die Kriegsverfassung verbessern lassen und wäre es möglich gewesen, die gemeinsame Vertretung dem Ausland gegenüber einzuführen. Wenn auch nur die materiellen Interessen, durch Aufhebung der Zollschranken im Innern, durch einheitliche Gesetzgebung in Bezug auf Maß und Gewicht, durch gemeinschaftliche Ordnung der Schienenwege und anderer Verkehrsanstalten, bedacht worden wären, so hätte dies allein schon einen schönen Preis der vorangegangenen Bewegung und einen Kitt zwischen den bis dahin lose verbundenen Staaten gebildet, und es wäre um so schwieriger gewesen, zu der alten bundestäglichen Ordnung zurückzukehren. Der Partikularismus und die dynastischen Ansprüche wären mehr geschont, aber sie wären vielleicht überwunden worden¹⁾.“

Als um die Mitte des April 1848 die Wahlen zu der konstituierenden Nationalversammlung in Frankfurt herbeikamen, erhielt Reyscher aus mehreren Wahlbezirken (Oehringen, Vaihingen, Mergentheim) zugleich Zuschriften mit der Aufforderung, dort als Bewerber aufzutreten. Er folgte der Einladung des Wahlkomitee für den Wahlkreis Vaihingen-Maulbronn-Leonberg und sprach in mehreren Versammlungen offen über die Aufgaben des Parlaments und gegen den so eben ausgebrochenen Hecker'schen Aufstand in Baden. „Außer dem tollen Muth der Einen, sagte Reyscher am Schluß einer Rede in der Kirche zu Ditzingen, ist die Entmuthigung der Anderen zu tadeln. Ich weiß wohl, woher die Unruhe und die Beforgnis kommt. Wenn Gesetz und Obrigkeit wanken, an was soll sich der friedliche Bürger halten, welchem Arbeit Bedürfnis ist? Manche wünschen, es wäre wieder, wie es war vor zwei Monaten. Allein man vergesse nicht, was wir in der letzten Zeit gewonnen haben und was für die Volkssache noch zu gewinnen ist. Umsonst wird nichts errungen. Ohne Kampf kein Sieg! Die Freiheit ist in gutem Zug und auch die Ordnung werden wir behaupten, wenn wir kräftig zusammenstehen. Es ist eine Zeit der Entwicklung, wie sie niemals in Deutschland da gewesen. Das Volk selbst trägt die Schuld, wenn der Augenblick

seinem Zutritt einen deutschen Fürsten seiner Wahl als erbliches Reichsoberhaupt zur Annahme zuführen werde. — Dagegen war mehr für die den alten Gewohnheiten entsprechende Wahl eines Oberhauptes auf Lebenszeit der Prinz Albert, Gemahl der Königin von England, in seiner Kritik des Entwurfs der Siebenzehner, sowie anfänglich auch der Prinz von Preußen, der jetzige Kaiser. Vergl. Springer, Leben Dahlmanns II S. 22 ff.

¹⁾ Dem Herausgeber ist nicht bekannt, ob Reyscher, als er obiges schrieb, vielleicht der Worte Goethe's bei Eckermann, Gespräche 3 Aufl. III S. 185 sich erinnerte: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chaussees und künftigen Eisenbahnen werden schon das Ihrige thun. Vor allem aber sei es eins in Liebe untereinander! und immer sei es eins gegen den auswärtigen Feind. Es sei eins, daß der deutsche Thaler und Groschen im ganzen Reiche gleichen Werth habe; eins, daß mein Reisekoffer durch alle 36 Staaten ungeöffnet passiren könne. Es sei eins, daß der städtische Reisepaß eines weimarischen Bürgers von den Grenzbeamten eines großen Nachbarstaats nicht für unzulänglich gehalten werde, als der Paß eines Ausländers. Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr. Deutschland sei ferner eins in Maß und Gewicht, in Handel und Wandel, und hundert ähnlichen Dingen, die ich nicht alle nennen kann und mag. — Wenn man aber denkt, die Einheit Deutschlands bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige große Residenz habe, und daß diese eine große Residenz, wie zum Wohl der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der großen Masse des Volks gereiche, so ist man im Irrthum.“

verfäunt oder mißbraucht wird. Lassen wir also Vertrauen zur Sache, die wir wollen. Selbst die Trauer und Sorge in eigenem Herzen, lassen Sie uns getroßt und verjüngt der Zukunft entgegen gehen!“ In dem heißen Wahlkampf unterlag jedoch Reyfcher, obgleich von mehr als 3 000 Wählern unterstützt, dem demokratischen Gegenkandidaten Fetzer von Stuttgart, welchen der neue Vorstand des Justizdepartements Friedrich Römer in einem Schreiben an den Stadtrath Ellig in Leonberg empfohlen hatte. Dies gab die Veranlassung zu dem „offenen Sendschreiben“ an Römer, worin dieser daran erinnert wurde, wie sehr er selbst, solange er noch Oppositionsführer gewesen, jede Einmischung der Minister in die Wahlen getadelt und bekämpft habe. Eine Antwort darauf ist nicht erfolgt.

Reyfcher hat den Durchfall bei der Wahl nach Frankfurt zuerst schmerzlich empfunden. In den Erinnerungen jedoch schreibt er später: „Ich hatte es persönlich nicht zu bedauern, den Frankfurter Kämpfen fern geblieben zu sein. Vielleicht wäre meine Geduld und meine reizbare Gesundheit den oft unerquicklichen und aufreibenden Verhandlungen nicht gewachsen gewesen. Alle Parteien schienen es ja in ihrem Interesse zu finden, das Ende hinauszuziehen. Die Form des Reichs, welche doch die Hauptsache war, wurde erst zuletzt berathen, nachdem das ausführliche Grundrechtsgesetz beschlossen und verkündigt war.“

Neue Württembergica.

1. P. Fr. Stälin, Geschichte Württembergs. Erster Band. Erste Hälfte. (Bis 1268.) Gotha, Perthes 1882. Wir schließen uns dem Urtheil des trefflichen Geschichtschreibers von Bayern, Sigm. Riezler — Allg. Zeitung 1882, Beil. 358 — an: „Mit Fleiß und Kritik hat St. alles gesammelt und geprüft, was die letzten 40 Jahre her an Beiträgen zur württemb. Geschichte ans Tageslicht trat; auf Grund dieses reichen Materials, auf Grund des väterlichen Werkes und auf Grund eigenen Quellenstudiums bietet er uns eine Geschichte Württembergs, welche dem Andenken seines Vaters gewidmet, dieses aufs würdigste ehrt; wie verjüngt tritt uns der alte Stälin entgegen, denn wiewohl der engere Rahmen des neuen Buchs nicht mehr dieselbe Ausführlichkeit gestattete, konnten doch viele Grundlagen des alten Werks beibehalten werden, dazu aber kommt, daß auch die Darstellung des Sohnes Familienähnlichkeit mit der des Vaters nicht verkennen läßt. Wir können nur wünschen; daß das Buch so vortrefflich wie begonnen auch fortgesetzt werde“.

2. Gustav Boffert, Die historischen Vereine vor dem Tribunal der Wissenschaft. Heilbronn, Henninger 1883. Eine würdige Abfertigung der Vorwürfe, welche das Schriftchen: Die Territorialgeschichte und ihre Berechtigung von Dr. G. Haag gegen die deutlichen Geschichts- und Alterthumsvereine geschleudert hat. Will die zünftige Wissenschaft noch mehr als bisher — so gar wenig ist es nicht gewesen — von den Vereinen Gewinn ziehen, so mögen ihre Vertreter mehr als in der Regel geschieht an der Vereinsthätigkeit sich betheiligen, das wird Niemand lieber sein, als den „Dilettanten, Mottenfämlern und Pilzfuchern“, welche bis jetzt oft allein die Kosten der Unterhaltung zu tragen haben.